

Antwort

der Bundesregierung

auf die Große Anfrage der Abgeordneten Hans Bächler (Hof), Freimut Duve, Arne Börnsen (Ritterhude), Dr. Eberhard Brecht, Edelgard Bulmahn, Dr. Konrad Elmer, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Iris Gleicke, Dr. Peter Glotz, Reinhold Hiller (Lübeck), Hans Koschnick, Eckart Kuhlwein, Robert Leidinger, Christian Müller (Zittau), Rudolf Purps, Siegfried Scheffler, Siegfried Vergin, Margitta Terborg, Hans-Günther Toetemeyer, Günter Verheugen, Gerd Wartenberg (Berlin), Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

— Drucksache 12/2242 —

Das Interesse an der deutschen Sprache in den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik schulische Einrichtungen in vielen Ländern. Sie fördert darüber hinaus Maßnahmen, die der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und der Verbesserung des Unterrichtsangebotes vor allem im Fach Deutsch dienen.

Der historische Umbruch in Mittel-, Südost- und Osteuropa stellt den Deutschunterricht und damit auch die Träger der auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland vor neue Herausforderungen. In Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, den drei baltischen Staaten und in der GUS wird verstärkt der Wunsch deutlich, die deutsche Sprache zu erlernen. Dies betrifft sowohl schulische Angebote als auch Sprachkurse in Berufsbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen sowie Hochschulen.

Bisher hat die Bundesregierung jedoch noch nicht erkennen lassen, wie sie den gestiegenen Anforderungen an den Deutschunterricht entsprechen will. Es fehlt an einer grundlegenden neuen Konzeption der Bundesregierung für die deutschen Auslandsschulen nach dem Umbruch in Mittel-, Südost- und Osteuropa. So wurden die Mittel für das Personal der Auslandsschulen gekürzt und nur eine geringe Zahl von Lehrerinnen und Lehrern entsandt. Die von der DDR hinterlassenen Einrichtungen sind kaum weitergenutzt worden.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers des Auswärtigen vom 21. Mai 1992 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Vorbemerkung

Die Öffnung der Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas nach Westen hat der Bundesregierung die Chance gegeben, auch in dieser Region die deutsche Sprache zu fördern. Rund 12 Mio. der weltweit rund 18 Mio. Deutschlernenden an Schulen und Hochschulen leben schon bisher in diesen Staaten. Ihre Unterstützung war bis zur deutschen Einigung Domäne der DDR.

Die Bundesregierung hat diese Chance nach besten Kräften genutzt und bemüht sich weiter darum. Sie hat durch Umverteilung der Mittel im Kulturhaushalt des Auswärtigen Amts und durch zusätzliche Zuweisungen durch den Deutschen Bundestag das Finanzvolumen zur Förderung der deutschen Sprache in Mittel-, Südost- und Osteuropa in den letzten drei Jahren verfünffacht.

Die Konzeption zur Umsetzung dieser Mittel orientierte sich zunächst am Einsatz des traditionellen Instrumentariums der Bundesregierung zur weltweiten Förderung der deutschen Sprache, berücksichtigte ferner sinnvolle DDR-Aktivitäten und ging schließlich auf den speziellen Bedarf der Zielregion ein:

Das traditionelle Sprachförderungsinstrumentarium umfaßt prioritär Deutschlehrerfortbildung – durch Kurse, durch Beratung und durch Lehrbuchmuster – und konzentriert sich entsprechend dem knappen Mittelbestand also auf die Verbesserung bestehenden Deutschunterrichts durch Förderung der wichtigsten Multiplikatoren. Sinnvolle und deshalb zusätzlich übernommene DDR-Aktivitäten sind personeller Einsatz auch durch Lehrer sowie Lehrbuchversorgung in größerem Umfang. Der spezielle Bedarf der Zielregion schließlich besteht in der Behebung des dort weiter ansteigenden Lehrer- und Lehrmittelmangels.

Daraus ergaben sich Förderungsschwerpunkte, die aus der bloßen Beantwortung der nachfolgenden Fragen nicht klar hervorgehen, zumal diese die Gründung bzw. Fortführung deutscher Auslandsschulen unverhältnismäßig stark in den Mittelpunkt stellen. Sie sind ein kostspieliges und vom Gaststaat keineswegs überall gefördertes Instrument. Mindestens ebenso wichtig erscheint der Bundesregierung die Förderung von Deutsch als Fremdsprache an ausländischen Schulen, wo partnerschaftliche Zusammenarbeit beider Seiten gefordert ist.

Schwerpunkte sind

- die Entsendung von Deutschlehrern, gedacht aber immer nur als Übergangshilfe, bis eigene Lehrer zur Verfügung stehen,
- die Aus- und Fortbildung ausländischer Deutschlehrer, auch die Umschulung von ehemaligen Russischlehrern,
- die Lehrbuchversorgung in drei Phasen: kurzfristig Beseitigung des akutesten Mangels durch Zurverfügungstellung deutscher Bücher, mittelfristig die Vermittlung und Finanzierung von Lizenzverfahren zum Nachdruck deutscher Lehrbücher im Zielland, langfristig die Mithilfe bei der eigenen Entwicklung regionalspezifischer Lehrwerke,

– flankierender Einsatz von ausländischen Medien (Rundfunk- und Fernsehsprachkurse mit Begleitmaterial), Landeskundematerialien, Buchversorgung, Zeitschriftenabonnements etc.

Die Bundesregierung hat die Durchführung dieser Programme in Mittel-, Südost- und Osteuropa denselben Mittlerorganismen übertragen, die ihre Sprachförderungsprogramme auch ansonsten erfolgreich umsetzen. Es sind dies vor allem die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen, das Goethe-Institut, der Deutsche Akademische Austauschdienst und Inter Nationes. Bei der Lehrerentsendung wirken die Bundesländer aktiv mit.

Die hier und in den folgenden Antworten dargelegte Konzeption der Bundesregierung ist in ihrer praktischen Umsetzung an die vom Bundeshaushalt vorgegebenen Grenzen gebunden. Das dargelegte Instrumentarium könnte jederzeit erweitert werden, wenn die dafür erforderlichen Mittelaufstockungen erreicht werden können; hierum ist die Bundesregierung bemüht. Ab 1993 hofft das Auswärtige Amt, zusätzlich ein „Sonderprogramm zur Förderung der deutschen Sprache in den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas“ durchführen und hierfür die Haushaltsvoraussetzungen schaffen zu können.

1. Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, welchen Bedarf an Lehrern und Lehrerinnen für den Deutschunterricht die einzelnen Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas angemeldet haben?

| | |
|-----------|-----|
| Ungarn | 111 |
| Rumänien | 59 |
| Polen | 110 |
| ČSFR | 81 |
| Bulgarien | 60 |
| Litauen | 10 |
| Lettland | 10 |
| Estland | 13 |
| GUS | 7 |
| Insgesamt | 461 |

2. Wie bereitet sich die Bundesregierung darauf vor, daß auch mit steigendem Engagement der deutschen Wirtschaft in Mittel-, Südost- und Osteuropa der Bedarf an Deutschunterricht weiter steigen wird?

Die Bundesregierung hat seit 1989 die Mittel zur Förderung der deutschen Sprache in den Ländern Mittel-, Südost- und Osteuropas angesichts des enormen Bedarfs erheblich gesteigert. Sie stiegen von 1989 6,7 Mio. DM auf knapp 37 Mio. DM im Jahre 1992. (Dazu kommen Mittel zur kulturellen Förderung der deutschen Minderheiten in Höhe von 11,5 Mio. DM 1992.)

Da die bisher aufgewandten Mittel angesichts weiter steigender Nachfrage nicht ausreichen – Kürzungen in anderen Teilen der

Welt aus politischen und fachlichen Gründen jedoch schwer vertretbar sind –, hofft das Auswärtige Amt, ab 1993 zusätzlich ein „Sonderprogramm zur Förderung der deutschen Sprache in den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas“ durchführen und hierfür die Haushaltsvoraussetzungen schaffen zu können.

3. Hat die Bundesregierung einen Überblick über die Situation des Deutschunterrichts an den Bildungseinrichtungen – Schulen, Berufsbildungs- und Weiterbildungsstätten, Hochschulen – der einzelnen Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas?

Die Bundesregierung hat sich kürzlich auf der Grundlage einer Rundfrage bei den deutschen Auslandsvertretungen einen genauen Überblick über die derzeitige Lage des Deutschunterrichts an den Schulen in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas verschafft. Daraus ergibt sich, daß in diesen Ländern allein an den Grund- und Oberschulen rund 10,7 Mio. Schüler Deutsch lernen. Die Lage der deutschen Sprache in den einzelnen Ländern ergibt sich aus anliegender Übersicht.

4. In welchem Umfang können nach Auffassung der Bundesregierung die Goethe-Institute den Bedarf an Deutschunterricht decken?

Seit 1988 wurden sieben neue Goethe-Institute in Sofia, Prag, Preßburg, Warschau, Krakau, Budapest und Moskau errichtet. Hauptakzent der Spracharbeit der Goethe-Institute liegt bei der sog. Pädagogischen Verbindungsarbeit, im Rahmen derer vor allem Seminare zur sprachlichen und fachlichen Fortbildung von Deutschlehrern, in Ungarn und in der Tschechoslowakei auch Umschulungsprogramme von Russischlehrern zu Deutschlehrern, durchgeführt werden. Die Sprachkursarbeit konnte wegen räumlicher und personeller Engpässe bisher nur in begrenztem Umfang geleistet werden. In den kommenden Jahren ist ein weiterer Ausbau des Netzes der Goethe-Institute geplant, so u. a. in Riga, Kiew, Minsk, Alma Ata, St. Petersburg, Tallinn und Wilna.

5. Wie viele deutschsprachige Schulen gibt es zur Zeit in den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas?
Hat sich ihre Zahl 1991 gegenüber 1990 erhöht?

Außer den drei deutschen Auslandsschulen in Moskau, Warschau und Prag und der Begegnungsschule in Budapest gibt es in den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas rund 200 ausländische deutschsprachige Grund- und Oberschulen, nämlich

- in der ČSFR sechs Spezialgymnasien mit deutschsprachigem Fachunterricht,
- in Ungarn 16 Nationalitätengrundschulen und vier Nationalitätengymnasien sowie sechs zweisprachige Gymnasien,
- in Bulgarien 20 deutschsprachige Gymnasien mit deutschsprachigem Fachunterricht,

- in Rumänien neben der traditionsreichen staatlichen „Deutschen Schule“ in Bukarest 146 Grund- und Oberschulen mit deutschsprachigen Zweigen,
- in Litauen die Neugründung der Deutschen Schule in Klaipeda (Memel).

Die Schulen in Prag und Budapest wurden 1990 gegründet; die Zahl der deutschen Auslandsschulen hat sich seither nicht erhöht. Die Zahl der ausländischen deutschsprachigen Schulen ist nur durch die Neugründung in Klaipeda (Memel) gewachsen; sie wird sich jedoch in Zukunft erhöhen, vor allem in Polen (wo es schon jetzt mehr und mehr Grundschulen und Lyceen, vor allem in den von Deutschen besiedelten Gebieten, mit erweitertem Deutschunterricht gibt). Zur Unterstützung durch die Bundesregierung siehe Antwort zu Frage 15.

6. Wie viele Deutschlehrer mit deutscher Staatsangehörigkeit leben als Entsandte in den angegebenen Staaten?

| | |
|--|-----|
| Vom BVA (Bundesverwaltungsamt) – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen – amtlich vermittelte Lehrkräfte: | 22 |
| Vom BVA – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen – entsandte Fachberater: | 14 |
| Programmlehrkräfte des Bundes | 131 |
| Programmlehrkräfte der Länder | 59 |
| Sonderprogrammlehrkräfte aus Sachsen-Anhalt | 29 |
| Insgesamt | 255 |

7. Hält die Bundesregierung die zwischen Bund und Ländern gemäß Königsteiner Schlüssel verabredete Quote von lediglich 300 Lehrern und Lehrerinnen für den Unterricht an deutschsprachigen Schulen in den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas für ausreichend?

Der Königsteiner Schlüssel betrifft nicht Bund-Länder-Absprachen sondern Absprachen der Länder untereinander.

Dem Bund waren ursprünglich aus Länderkreisen Zusagen für 300 Programmlehrer gemacht worden; die Zusage wurde mittlerweile auf 150 reduziert.

Bisher sind davon die bei der Antwort zu Frage 6 genannten Lehrer im Einsatz. Auch die Vorgabe 150 deckt nicht den mit der Antwort zu Frage 1 dargestellten Bedarf.

8. Aufgrund welcher Konzeption, und mit welchen Mitteln fördert die Bundesregierung, auch im Rahmen des Europarats und mit den Ländern, den Erwerb der Sprachen Mittel-, Südost- und Osteuropas in der Bundesrepublik Deutschland?

Der Europarat fördert den Fremdsprachenunterricht nicht direkt. Er befaßt sich jedoch mit Didaktik und Methodik des modernen Fremdsprachenunterrichts für den schulischen und außerschulischen Bereich, insbesondere der Erwachsenenbildung. Ein aktuelles Projekt beschäftigt sich mit der Definition eines europäischen Bezugsrahmens zur Beschreibung und Einschätzung von Fremdsprachenkenntnissen. In diese Arbeiten sind die Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas einbezogen.

Zwischen Bund und Ländern besteht im Schulbereich seit 1990 ein Modellversuch unter der Bezeichnung „Lernen für Europa“, der gemeinsam vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert wird. Dabei wird muttersprachlicher Unterricht für deutsche und für Migrantenkinder in den Sprachen Mittel-, Südost- und Osteuropas erteilt. Darüber hinaus besteht an einzelnen Schulen – in unterschiedlichem Umfang – die Gelegenheit zum Erlernen der russischen, polnischen, ungarischen, tschechischen, serbokroatischen, lettischen, rumänischen und litauischen Sprache, in der Regel als dritte Fremdsprache.

Im Hochschulbereich beteiligt sich das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft an der Förderung des Modellversuchs „Entwicklung, Erprobung und Überprüfung studienbegleitender Lehrgänge der drei Sprachen der baltischen Region für Studierende aller Fachrichtungen“, der an der Universität Münster durchgeführt wird.

Im Bereich der Erwachsenenbildung hat die Bundesregierung das „Sprachzertifikat Russisch des Deutschen Volkshochschulverbandes“ bereits vor 18 Jahren entwickeln lassen und finanziell gefördert. Die Volkshochschulen haben seitdem Kurse mit mehr als 32 000 Teilnehmern veranstaltet.

9. War es der Bundesregierung möglich, an die Arbeit der DDR-Auslandsschulen in den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas anzuknüpfen?

Wie viele Schulen wurden übernommen beziehungsweise aufgelöst, und welche Konsequenzen ergaben sich daraus für das Lehrpersonal?

Die ehemalige DDR unterhielt an Orten im Ausland, an denen sie durch diplomatische, konsularische und Handelsmissionen vertreten war, (kleine) Botschaftsschulen, die lediglich der schulischen Versorgung der Kinder des entsandten diplomatischen Personals und der entsandten staatlichen Wirtschaftsvertreter und Experten dienten, meist nur für die Jahrgangsstufen 1 bis 4; ältere Kinder wurden auf Internate in der DDR geschickt. Als Lehrkräfte waren an diesen DDR-Botschaftsschulen oft Ehegatten entsandter DDR-Bürger tätig, die über eine entsprechende Ausbildung verfügten. Mit der Schließung der Botschaften der ehemaligen DDR und dem Abzug des diplomatischen Personals wurden auch diese Botschaftsschulen von der DDR selbst aufgelöst. Die ostdeutschen Eltern hatten oftmals bereits vor der Schließung der DDR-Botschaftsschulen von ihrem (neuen) Recht der Schulwahl Gebrauch

gemacht und ihre Kinder in einer der deutschen Auslandsschulen oder (wo eine solche nicht vorhanden war) anderen geeigneten Schule angemeldet. Die Lehrkräfte der ehemaligen DDR-Botschaftsschulen sind zumeist mit ihrem Ehepartner nach Deutschland zurückgekehrt. In einzelnen Fällen wurden jedoch auch Lehrkräfte dieser Schulen von den (privaten) deutschen Auslandsschulen als Ortslehrkräfte eingestellt.

In den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas bestanden die größten Botschaftsschulen der ehemaligen DDR, die teilweise auch über eigene Schulgebäude verfügten.

Die Deutsche Schule Moskau ist in das Gebäude der DDR-Auslandsschule gezogen. Im Oktober 1990 wurden dort 130 Schüler aus der Bundesrepublik Deutschland und 270 aus der ehemaligen DDR von insgesamt 33 Lehrern, davon 11 aus der ehemaligen DDR, unterrichtet.

Während auch in Warschau beide Schulen integriert wurden, ist in Prag eine Deutsche Schule neu gegründet worden, der das Gebäude der DDR-Schule überlassen wurde.

Den Lehrern der ehemaligen DDR-Auslandsschulen ist vom Schulträger ein Arbeitsvertrag angeboten worden, der in seiner Besoldung weit über der Ortsüblichkeit der Ortslehrkräftegehälter lag. Zum 26. September 1991 arbeiteten als Ortslehrkräfte

| | |
|----------------------------------|--------------------------|
| an der Deutschen Schule Moskau | 11 ehemalige DDR-Lehrer, |
| an der Deutschen Schule Prag | 5 ehemalige DDR-Lehrer, |
| an der Deutschen Schule Warschau | 2 ehemalige DDR-Lehrer, |
| an der Deutschen Schule Budapest | 2 ehemalige DDR-Lehrer. |

10. Wie groß ist die Zahl der Deutschlehrer und Deutschlehrerinnen, die 1991 aus den neuen Ländern in die Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas entsandt wurden?

In den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas wurden als Bundesprogrammlehrer 15 Lehrkräfte aus den neuen Ländern eingesetzt und 13 in diesen Staaten bereits tätige ehemalige DDR-Lehrkräfte übernommen. In einem Sonderprogramm hat das Land Sachsen-Anhalt 22 Lehrkräfte nach Ungarn, sechs nach Bulgarien und eine Lehrkraft in die ČSFR entsandt.

11. Trifft es zu, daß die Lehrerinnen und Lehrer aus den neuen Ländern zu weit schlechteren Konditionen als ihre Kolleginnen und Kollegen aus den alten Ländern in den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas tätig sind?

Die als Programmlehrkräfte in den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas eingesetzten Lehrkräfte erhalten unabhängig von ihrer Herkunft aus den alten oder neuen Ländern vom Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen – einheitliche Zuwendungen. Lediglich die 29 Lehrkräfte, die Sachsen-Anhalt in einem landeseigenen Sonderprogramm entsandt hat, werden anders vergütet als die Bundesprogrammlehrer. Der Zen-

tralstelle ist bekannt, daß aus dem Landesdienst Sachsen-Anhalts beurlaubte Programmlehrer ca. 2 700 DM und arbeitslose Lehrer ca. 1 700 DM erhalten.

Die Lehrkräfte an den ehemaligen DDR-Auslandsschulen sind als Ortskräfte mit einem über der Ortsüblichkeit liegenden Gehalt von den Deutschen Schulen übernommen worden.

12. Wie viele Lektoren und Lektorinnen für deutsche Sprache hatten die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1989 in die Staaten Südost- und Osteuropas gesandt, und wie viele das geeinte Deutschland im Jahr 1991?

Im Jahre 1989 waren 121 Lektoren der DDR und 27 Lektoren der Bundesrepublik Deutschland an Universitäten in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas tätig. 1991 belief sich die Zahl der aus Mitteln des geeinten Deutschlands geförderten Lektoren auf 87.

13. Wie viele angehende Deutschlehrer und -lehrerinnen aus diesen Staaten haben 1989 in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik ein Auslandsstudium (Teil- oder Vollstudium) absolviert?
Wie viele angehende Deutschlehrer und -lehrerinnen sind 1991 zu Studienaufenthalten nach Deutschland gekommen, und wie viele Stipendien stehen für 1992 zur Verfügung?

Im Jahre 1989 hatten ca. 500 Studierende der Germanistik Stipendien zu Teil- und Vollstudien in der Deutschen Demokratischen Republik; die Bundesregierung hat unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes die Förderung dieser Studierenden bis zum Studienabschluß weitergeführt. Ansonsten werden Vollstudien von der Bundesregierung grundsätzlich nicht angeboten. Zur Fortführung des Teilstudienprogramms der DDR hat der DAAD ein verstärktes Semesterstipendienangebot ausgesprochen.

1991 kamen insgesamt ca. 960 Studierende der Germanistik aus den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas zu Studienaufenthalten in die Bundesrepublik Deutschland. Für 1992 stehen ca. 900 Stipendien (davon 275 Semester- und 585 Hochschulsommerkursstipendien) speziell für Germanisten zur Verfügung

Die DAAD-Programme „Jahresstipendien“, „ein- bis dreimonatige Studienaufenthalte ausländischer Wissenschaftler“, „kurzfristiger Hochschullehreraustausch“ sind für alle Fachrichtungen, also auch für Germanisten, geöffnet. Darüber hinaus bietet die über den DAAD unterstützte direkte Hochschulkooperation („Ostpartnerschaften“) weitere Förderungsmöglichkeiten für Germanisten aus Ost- und Südosteuropa. Insgesamt ist davon auszugehen, daß von den im Jahre 1992 voraussichtlich 7 500 ausländischen Geförderten aus dieser Region etwa 1 500, also 20 %, zu der Bezugsgruppe im Sinne der Anfrage zu zählen sein werden.

14. Hält die Bundesregierung die von der Kölner Zentralstelle für das Schulwesen im Ausland betriebenen einwöchigen Vorbereitungslehrgänge für die Lehrerinnen und Lehrer für ausreichend, um sie adäquat auf ihre Tätigkeit im Ausland vorzubereiten?

Die Vorbereitung beschränkt sich nicht auf den einwöchigen Lehrgang in der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen. Im Einsatzland werden zusätzlich vierzehntägige Fortbildungslehrgänge durchgeführt. Weiterhin wird die Arbeit der Programmlehrer von am Ort tätigen amtlich vermittelten Lehrkräften oder in dem Land eingesetzten Fachberatern bzw. Koordinatoren begleitet. Es zeigt sich allerdings, daß die Bundesländer immer weniger in der Lage sind, erfahrene ehemalige Auslandslehrer als Dozenten für derartige Fort- und Weiterbildungslehrgänge freizustellen.

15. Plant die Bundesregierung über ihre in Prag und Moskau gezeigten Aktivitäten hinaus, in anderen Städten Mittel-, Südost- und Osteuropas bei Neugründungen von deutschsprachigen Schulen beziehungsweise beim Ausbau bereits bestehender Schulen zu helfen?

In der Antwort zu Frage 5 wurde bereits über die Neugründung deutscher Auslandsschulen in Prag und Budapest berichtet. In Bukarest soll an der staatlichen Deutschen Schule ein deutscher Schulabschluß eingeführt werden. Für ausländische deutschsprachige Schulen gilt, daß die Bundesregierung in allen Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas, vor allem in Polen, intensive personelle und materielle Hilfe bei der Lehrerausbildung leistet, um die Gründung oder den Ausbau des deutschsprachigen Schulwesens zu ermöglichen. An diejenigen Schulen, wo bilinguale Zweige bestehen oder entstehen, bemüht sich die Bundesregierung, deutsche Leiter oder Lehrer zu entsenden und Lehrmaterialien zur Verfügung zu stellen.

16. Hält die Bundesregierung es für möglich, über eine Stiftungslösung zumindest einige der Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas an den Kosten für deutschsprachige Schulen zu beteiligen?

Schulträger der deutschen Auslandsschulen sind und bleiben die im Ausland gegründeten deutschen Schulvereine. Die Stiftungslösung wurde in den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas ausnahmsweise in Budapest gewählt, da dort sowohl die Bundesregierung als auch die ungarische Regierung Interesse an der Gründung einer Schule hatten, ein Schulverein als Schulträger jedoch nicht zur Verfügung stand. Alle deutschen Auslandsschulen erheben Schulgelder, zu denen auch die Eltern ausländischer Kinder, die deutsche Auslandsschulen besuchen, beitragen müssen.

Staatliche Zuschüsse ihrer Sitzländer erhalten die deutschen Auslandsschulen gemäß den dort jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

Anlage zu Frage 3

Die deutsche Sprache in Mittel- und Osteuropa

hier: Deutschunterricht an Schulen, Schuljahr 90/91

Gesamtzahl der deutschlernenden Schüler in MOE: 10 764 606

| Sprache | Schülerzahl | Prozentsatz | Sprache | Schülerzahl | Prozentsatz |
|---------------|------------------------|-------------|-------------------------------------|-------------|-------------|
| Bulgarien | Grund- und Oberschulen | | | | |
| R | – | 100 % | (ab 92/93 nicht mehr obligatorisch) | | |
| F | 234 436 | 38,94 % | | | |
| E | 233 581 | 38,80 % | | | |
| D | 133 792 | 22,22 % | | | |
| Sonstige | 197 | 0,03 % | | | |
| ČSFR | | | | | |
| Tschech. Rep. | Grundschulen | | Oberschulen | | |
| D | 326 476 | 50,46 % | E | 90 055 | 44 % |
| E | 250 001 | 38,64 % | D | 68 010 | 33 % |
| R | 64 441 | 9,96 % | R | 35 836 | 17 % |
| F | 6 082 | 0,94 % | F | 11 477 | 6 % |
| | | | Sonstige | 1 464 | 0,01 % |
| Slowak. Rep. | Grundschulen | | Oberschulen | | |
| D | 161 587 | 40,50 % | E | 44 579 | 75,10 % |
| E | 128 512 | 32,20 % | D | 32 981 | 55,70 % |
| R | 94 909 | 23,72 % | R | 29 569 | 48,40 % |
| F | 13 313 | 3,30 % | F | 5 010 | 8,30 % |
| Sonstige | 134 | 0,01 % | Sonstige | 723 | 1,39 % |
| Polen | Grundschulen | | Oberschulen | | |
| R | 1 765 548 | 33,90 % | R | 355 207 | 71,10 % |
| E | 801 643 | 15,40 % | E | 294 676 | 59 % |
| D | 470 414 | 9 % | D | 247 280 | 49,50 % |
| F | 83 944 | 1,60 % | F | 89 727 | 18 % |
| Rumänien | Grundschulen | | Oberschulen | | |
| F | 1 541 893 | 57 % | F | 510 136 | 43 % |
| E | 965 649 | 36 % | E | 386 975 | 32,60 % |
| R | 467 891 | 17 % | R | 220 065 | 18,60 % |
| D | 268 519 | 10 % | D | 104 334 | 8,80 % |
| Ungarn | Grundschulen | | Oberschulen | | |
| R | 476 286 | 62 % | R | 72 752 | 41 % |
| D | 165 923 | 22 % | E | 43 428 | 25 % |
| E | 107 799 | 14 % | D | 35 390 | 20 % |
| Sonstige | 7 972 | 1 % | Sonstige | 14 293 | 8 % |
| F | 7 864 | 1 % | F | 10 996 | 6 % |

noch Anlage zu Frage 3

| Sprache | Schülerzahl | Prozentsatz | Sprache | Schülerzahl | Prozentsatz |
|--|-------------|-------------|---------------|-------------|-------------|
| Gesamte UdSSR jeweils Gesamtschulen, Schuljahr 88/89 | | | | | |
| E | 14 321 554 | 54,70 % | | | |
| D | 8 797 152 | 33,60 % | | | |
| F | 2 906 202 | 11,10 % | | | |
| Armenien | | | Aserbajdschan | | |
| E | 233 226 | 61,70 % | E | 584 496 | 73,80 % |
| F | 79 380 | 21 % | D | 99 792 | 12,60 % |
| D | 64 638 | 17,10 % | F | 96 624 | 12,20 % |
| Estland | | | Georgien | | |
| R | 118 651 | 100 % | D | 236 380 | 44,60 % |
| E | 81 120 | 68 % | E | 223 660 | 42,20 % |
| D | 36 618 | 31 % | F | 66 780 | 12,60 % |
| F | 913 | 1 % | | | |
| Kasachstan | | | Kirgistan | | |
| D | 887 646 | 47,80 % | E | 377 766 | 67,70 % |
| E | 785 511 | 42,30 % | D | 161 262 | 28,90 % |
| F | 180 129 | 9,70 % | F | 18 972 | 3,40 % |
| Lettland Schuljahr 90/91 | | | Litauen | | |
| R | 157 218 | 89,30 % | E | 174 097 | 53,90 % |
| E | 121 376 | 68,94 % | D | 113 696 | 35,20 % |
| D | 73 760 | 41,90 % | F | 35 207 | 10,90 % |
| F | 2 119 | 1,20 % | | | |
| Moldau | | | Rußland | | |
| F | 256 060 | 59 % | E | 6 703 532 | 55,43 % |
| E | 125 426 | 28,90 % | D | 4 281 039 | 35,40 % |
| D | 46 438 | 10,70 % | F | 1 063 936 | 8,80 % |
| | | | Sonstige | 45 747 | 0,37 % |
| Tadschikistan | | | Turkmenistan | | |
| E | 459 606 | 70,60 % | E | 340 176 | 74,60 % |
| D | 154 287 | 23,70 % | D | 112 632 | 24,70 % |
| F | 27 342 | 4,20 % | F | 1 824 | 0,40 % |
| Ukraine | | | Usbekistan | | |
| E | 2 851 870 | 65,50 % | E | 1 279 964 | 47,60 % |
| D | 966 588 | 22,20 % | D | 925 016 | 34,40 % |
| F | 500 710 | 11,50 % | F | 446 374 | 16,60 % |
| Weißrußland | | | | | |
| E | 452 096 | 51,20 % | | | |
| D | 285 209 | 32,30 % | | | |
| F | 116 556 | 13,20 % | | | |

